

II- 125 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10511

1979 -07- 10

A N F R A G E

der Abgeordneten DDr. KÖNIG, Dr. KEIMEL
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend die des öfteren angekündigte und bisher nicht
durchgeführte Regierungsumbildung

Am 13. 12.1978 richteten ÖVP-Abgeordnete im Zusammenhang
mit der des öfteren angekündigten Regierungsumbildung eine
Dringliche Anfrage an den Bundeskanzler. In der Einleitung
zu dieser Anfrage heißt es unter anderem wie folgt:

"Seit Monaten kündigte der Bundeskanzler mit unterschied-
licher Intensität eine Regierungsumbildung an.

Im Zusammenhang mit der sogenannten Generalvollmacht
heißt es in der 'Arbeiter Zeitung' vom 7.11.1978 wört-
lich: 'Kreisky selbst sagte nach dem Parteivorstand, er
wolle noch nicht im einzelnen sagen, welche Entscheidungen
er auf Grund der Vollmacht treffen werde, sie könne bei
einer Regierungsumbildung eine Rolle spielen....'

Zur Frage eines Ministerwechsels stellte Dr. Kreisky
laut 'Die Presse' vom 7.11.1978 fest: 'Aber ich könnte
das ins Auge fassen'.

Gegenüber dem 'Spiegel' vom 13.11.1978 erklärte Dr. Kreisky
auf die Frage zum Thema Kabinettsumbildung: 'Kein Regierun-
gshaus kann sie ausschließen, um so weniger, wenn in einem
Jahr Wahlen stattfinden. Da ist es schon ein Gedanke,
der mich beschäftigt, den Leuten vielleicht zu sagen,
mit welchem Kabinett sie rechnen müssen'.

Selbst über den Zeitpunkt einer Regierungsumbildung hatte Dr. Kreisky offensichtlich schon Vorstellungen. So stellte er laut "Wochenpresse" vom 15.11.1978 fest:

'Wenn überhaupt, dann bilde ich die Regierung eventuell im ersten Quartal des kommenden Jahres um'.

Es schien also eine Frage der Zeit zu sein, wann und welche Minister ausgewechselt würden.

Entgegen diesen Absichten des Bundeskanzlers stellten die in der Öffentlichkeit am meisten umstrittenen Regierungsmitglieder auf Befragen durch ÖVP-Abgeordnete fest, daß sie keineswegs amtsmüde wären.

Ein besonderes Spannungsverhältnis mit gegenseitigen öffentlichen Beschuldigungen ist seit einiger Zeit zwischen dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler bzw. Finanzminister erkennbar.

Diese Kontroverse begann, als das Scheitern der sozialistischen Finanz- und Budgetpolitik, die enorme Staatsverschuldung, die ungünstigen Auswirkungen der sozialistischen Belastungspolitik und die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt zu einer schweren Belastung für die sozialistische Bundesregierung zu werden drohte. Außerdem erregte der aufwendige und überhebliche Stil des Finanzministers Unmut bei den sozialistischen Parteigängern.

Als sich zur Frage einer möglichen Unvereinbarkeit zwischen den privatwirtschaftlichen Interessen des Finanzministers und seinem öffentlichen Amt eine lebhafte Diskussion entwickelte, begann sich der Bundeskanzler von seinem Vizekanzler in der Öffentlichkeit zu distanzieren und ihn zunehmend öffentlicher Kritik auszusetzen, die er durch entsprechende Erklärungen selbst schürte. Er disqualifizierte ihn gleichsam für die Nachfolge als Parteivorsitzender der SPÖ, als Vizekanzler und als Finanzminister.

- 3 -

- o So stellte Dr. Kreisky bereits am 29.8.1978 laut 'Profil' fest: 'Um es ausdrücklich zu sagen: Ein Parteivorsitzender, der daneben noch eine Firma besitzt, ist für mich schwer vorstellbar'.
- o Weiters erklärte Dr. Kreisky im Zusammenhang mit dem Fall Androsch laut 'Profil' vom 22.8.1978 wörtlich: 'Wenn man sich's so richten kann, muß etwas falsch sein. Da muß man die gesetzlichen Vorschriften überprüfen'.
- o Obwohl Dr. Kreisky laut 'Kleine Zeitung' vom 5.9.1975 noch wörtlich erklärt hatte: 'Vom Budget verstehe ich nichts; ich bin alt genug, daß ich sagen kann, ich verstehe von manchen Dingen nichts', setzte er lt. 'SK' v.6.9.1978 ein Ministerkomitee zur Erarbeitung eines 'längerfristigen Konzepts zum Abbau des Budgetdefizites' ein, dessen Vorsitz nicht der eigentlich zuständige Finanzminister, sondern der Bundeskanzler selbst übernahm.

Trotz dieser heftigen Kritik des Bundeskanzlers an Dr. Androsch stellte sich das erweiterte SPÖ-Präsidium hinter den Finanzminister und Vizekanzler.

Als einzige Konzession an den Bundeskanzler versprach der Finanzminister, einen Treuhänder für die 'Consultatio' einzusetzen. Daß damit keine Änderung in der Verknüpfung zwischen privaten Geschäften und Regierungamt eingetreten ist, bestätigt der Vizekanzler laut 'Profil' vom 12.12.1978, indem er zur Treuhandlösung befragt wörtlich feststellte: 'Für mich persönlich wird sich gar nichts ändern.....'

Die unterfertigten Abgeordneten stellten damals unter anderem folgende Anfragen:

- "1) Können Sie nunmehr gegenüber dem Nationalrat klarstellen, ob Sie in der laufenden Gesetzgebungsperiode die Initiative zu einer Regierungsumbildung bzw. zu einem Austausch von Staatssekretären ergreifen werden ?
- 2) Wenn es zu keiner Regierungsumbildung mehr kommen sollte, was hat Sie dazu bewogen, Ihre vor kurzem erfolgten Ankündigungen und Andeutungen zu widerrufen ?
- 3) Bedeutet die Absage der angekündigten Regierungsumbildung, daß Sie vor allem mit der Tätigkeit von Frau Bundesminister Dr. Leodolter, Herrn Bundesminister Moser, Herrn Bundesminister Dr. Pahr, Herrn Staatssekretär Schober und Frau Staatssekretär Karl voll zufrieden sind ?"

Laut Stenographischem Protokoll vom 13.12.1978 antwortete Dr. Kreisky auf diese Fragen unter anderem wie folgt:

"Zu den Fragen 1 und 2: Wie ich bereits mehrfach festgestellt habe, gibt es derzeit keinen Anlaß für eine Regierungsumbildung, doch wiederhole ich meine im 'Spiegel' vom 13. November 1978 und auch bei anderen Gelegenheiten abgegebene Erklärung, daß kein Regierungschef der Welt eine Regierungsumbildung für einen längeren Zeitraum völlig ausschließen kann, da Umstände eintreten können, die eine solche Regierungsumbildung zwingend zur Folge haben."

Dies ist kein Widerruf, sondern eine Bekräftigung meiner bisherigen Aussagen zu diesem Thema. Bisher sind keine Umstände eingetreten, die eine Änderung dieses Standpunktes herbeiführen könnten.

Zur Frage 3: Ich bin mit der Tätigkeit der genannten Regierungsmitglieder und Staatssekretäre zufrieden, und zwar deshalb, weil sie die ihnen übertragenen Aufgaben vollkommen erfüllt haben."

Obwohl der Bundeskanzler im Dezember 1978 "keinen Anlaß für eine Regierungsumbildung" sah und er mit der "Tätigkeit" der in der Öffentlichkeit am häufigsten kritisierten "Regierungsmitglieder und Staatssekretäre zufrieden" war, sprach er auch nachher immer wieder von einer bevorstehenden Regierungsumbildung.

Als Beispiele hierfür seien angeführt:

"Kleine Zeitung" vom 28.2.1979:

"Niemand hat einen Garantieschein als Regierungsmitglied. Ich kann von dem Prinzip, mit dem ich angetreten bin, nicht abgehen. Ich habe klar meinen Freunden in der Partei gesagt, ich mach' das, aber nur, wenn ich das verfassungsmäßige Recht auch behalte, die Mitglieder der Regierung nicht nur vorzuschlagen, sondern auch auszusuchen. Ein paarmal habe ich das nicht getan und bin auch sauber hereingefallen....."

"Die Presse" vom 28.2.1979:

Der Regierungschef auf die "Presse"-Frage, bei welchen Ministern er "hereingefallen" sei: "Beim Kärntner Landwirtschaftsminister Öllinger" - dieser hatte der SS angehört und trat noch 1970 "krankheitshalber" zurück - "und noch in drei bis vier Fällen, die ich aber nicht nennen werde".

"Kronenzeitung" vom 5.3.1979:

Über einen Nachfolger hat sich Kreisky noch nicht den Kopf zerbrochen. Wohl aber schon, ob und wen er von seinem Regierungsteam austauschen könnte. "Das wäre dann der Fall, wenn jemand älter wird oder Ideen nicht verwirklichen kann", brummte er. "Ich nenn' aber keine Namen, weil ich nicht via TV die seidene Schnur versenden möchte".

"Kurier" vom 25.3.1979:

"Es gibt den einen oder anderen, der sagt, daß er schon etwas müde ist. Vielleicht wird noch der eine oder andere dazukommen."

"Die Presse" vom 14.4.1979:

"Eine kalte Dusche verabreichte Bundeskanzler Kreisky gestern den Mitgliedern seines Kabinetts: In einem Telephoninterview mit der 'Presse' kündigte er für den Fall, daß die SPÖ am 6. Mai wieder die absolute Mehrheit erringe, eine große Regierungsumbildung' unmittelbar nach den Wahlen an."

"Arbeiter Zeitung" vom 18.4.1979:

"Er habe in einem Zeitungsinterview keineswegs von einer großen Regierungsumbildung gesprochen, dementierte Bundeskanzler Kreisky Dienstag nach der Sitzung des Ministerrates entsprechende Berichte. Es werde zu Veränderungen in der Regierung kommen, weil ihm der eine oder andere Minister gesagt habe, daß er sich zurückziehen wolle. Er habe jenen gesagt, daß diese Frage erst nach den Wahlen aktuell werde. Die wichtigsten Minister stehen außer Streit, betonte Kreisky, der es ablehnte, Namen zu nennen."

"Salzburger Nachrichten" vom 21.4.1979:

"Kreisky: Ich bin ja nicht der Oberlehrer in der Regierung. Wenn Sie mich fragen, ob ich mir noch größere Leistungen erwarte, so gibt es sicher den einen oder anderen, von dem ich mir erwarte, daß er noch mehr leisten könnte....."

"Arbeiter Zeitung" vom 29.4.1979:

"AZ: In den letzten Tagen ist auch das Thema einer Regierungsumbildung nach den Wahlen zur Spache gekommen. Kann man dazu eigentlich Detailliertes sagen?

Kreisky: Nein. Sicher, es hat nach jeder Wahl, die eine gewisse Zäsur darstellt, Veränderungen gegeben. Aber nicht unmittelbar danach, sondern erst im Laufe der ersten Monate. Derartiges würde wahrscheinlich auch das nächste Mal der Fall sein."

- 7 -

"Sozialistische Korrespondenz" vom 7.5.1979:

"Es werde sicher keine große Regierungsumbildung geben und er werde sich auf jeden Fall damit Zeit lassen, denn die Regierung bilde ein eng zusammenarbeitendes Team, deren Mitglieder in der Regel auch eng miteinander befreundet sind. Der Vizekanzler sei sein engster Mitarbeiter, von dem er sich nicht trennen werde, sagte Kreisky auf eine entsprechende Frage."

"Kurier" vom 7.5.1979:

"Kreisky: Ja, innerhalb der nächsten Monate wird es eine Regierungsumbildung geben.

Kurier: In welchem Zeitraum? Kreisky: Nun, in vier, fünf Monaten, das muß aber alles überlegt werden."

"Kronen Zeitung" vom 7.5.1979:

"Was er in Zukunft vorhat, ob jetzt eine Regierungsumbildung kommt? Dazu Wahlsieger Kreisky: Da ist noch Zeit, ich werde das in Ruhe überlegen. Im heurigen Jahr wird es aber sicher neue Minister geben, wobei ich jetzt noch keine Namen nennen will."

"Sozialistische Korrespondenz" vom 8.5.1979:

"Seine Vorschläge zur Regierungszusammensetzung werden einzig und allein vom Gesichtspunkt der Effizienz der Bundesregierung bestimmt sein, betonte Kreisky und erklärte zu Fragen, daß er sich nicht von Finanzminister Androsch oder Staatssekretär Schober trennen wolle, wie er überhaupt niemanden mit harter Hand hinausstelle. Die Regierungsumbildung soll in einigen Monaten stattfinden, kündigte Kreisky an. Er möchte noch einige Vorschläge für die künftige Regierungsarbeit näher erörtern und dann wie stets mit Vizekanzler Androsch beraten."

"Die Presse" vom 8.5.1979:

"Das Budget sollen noch die alten Minister machen', begründete das Kreisky, Fragen nach den Namen quittierte Kreisky nur mit spöttischem Lächeln: 'Einige haben mir gesagt, sie wollen nach

einer gewissen Zeit ausscheiden.' Androsch ? 'Sicher der nicht. Aber es gibt Ältere...' Staatssekretär Schober ? 'Der kandidiert für den Kärntner Landtag ? Ich weiß das nicht. Aber er könnte bleiben, wenn er will.' Leodolter ? 'Ich werde Ihnen jetzt nicht meine geheimsten Wünsche mitteilen....'

Verklausuliert ließ Kreisky aber dann doch durchblicken, daß er mit den Staatssekretären etwas vorhat: 'Bei ihnen werde ich mich in Hinkunft von der Effizienz für die Bundesregierung leiten lassen.'"

Trotz dieser widersprüchlichen Aussagen, die jedoch alle zeigen, daß Dr. Kreisky mit der alten Regierungsmannschaft keineswegs voll zufrieden ist, behielten alle bisherigen Regierungsmitglieder und Staatssekretäre auch in der XV. GP ihre Ämter.

Das Parlament und die Öffentlichkeit haben angesichts der bevorstehenden Probleme ein Recht darauf, zu erfahren, wie es in nächster Zeit in unserem Lande weitergehen soll und wer tatsächlich bis wannfür die Leitung der einzelnen Ressorts verantwortlich ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Können Sie nunmehr gegenüber dem Nationalrat klarstellen, ob Sie bis Ende 1980 eine Regierungsumbildung bzw. einen Austausch oder eine Reduzierung der Staatssekretäre beabsichtigen?
- 2) Wenn es zu keiner Änderung kommen sollte, was hat Sie dazu bewogen, Ihre vor kurzem erfolgten Ankündigungen und Andeutungen zu widerrufen ?
- 3) Bedeutet die Unterlassung der auch nach Ihren Aussagen längst fälligen Regierungsumbildung, daß Sie mit der Tätigkeit aller Regierungsmitglieder und Staatssekretäre voll zufrieden sind ?

4) Wenn Sie eine Regierungsumbildung bis Ende 1980 nicht ausschließen können, welche personellen Änderungen beabsichtigen Sie bis dahin?

5) Bei welchen Ministern sind Sie "sauber hereingefallen"? Was verstehen Sie dabei unter dem Wort "hereingefallen"?

6) Trifft der gegenüber der Kronen Zeitung vom 5.3.1979 angegebene Grund für einen Austausch, nämlich "wenn jemand älter wird oder Ideen nicht verwirklichen kann", auf einzelne Regierungsmitglieder oder Staatssekretäre zu?

Wenn ja, auf welche?

7) Wer hat Ihnen gegenüber erklärt, er wäre "amtsmüde" und wer möchte nach einer gewissen Zeit ausscheiden?

8) Angesichts Ihrer Feststellung gegenüber den Salzburger Nachrichten, daß es "sicher den einen oder anderen gäbe, von dem Sie erwarten, daß er noch mehr leisten könne", stellt sich die Frage, welches Regierungsmitglied bzw. welcher Staatssekretär "noch mehr leisten könne" und somit Ihren Erwartungen offensichtlich nicht voll entspricht?